



Lange galt sie als spektakuläre Verbindung zwischen politischer Macht und technologischem Erfindungsgeist: die Zusammenarbeit zwischen Donald Trump und Elon Musk. Als der Unternehmer im Januar 2025 in Trumps Kabinett berufen wurde, schien ein neues Kapitel in der Reform der US-Regierung aufzuschlagen. Doch nur vier Monate später ist die Episode beendet – und hinterlässt ein komplexes Erbe.

Im Januar dieses Jahres übernahm Elon Musk den Vorsitz des neugegründeten „Department of Government Efficiency“ (DOGE), eines Prestigeprojekts der zweiten Trump-Administration. Ziel war es, die Ausgaben des Bundeshaushalts radikal zu kürzen und die Verwaltung zu „verschlanken“. Musks Berufung war nicht nur politischer Coup, sondern Ausdruck einer engen persönlichen und finanziellen Verbindung: Mit über 300 Millionen US-Dollar hatte der Tech-Milliardär Trumps Wiederwahl maßgeblich unterstützt.

Musk versprach, innerhalb von nur zwei Jahren Einsparungen in Höhe von zwei Billionen Dollar zu erzielen. Doch bereits wenige Wochen nach Amtsantritt zeigte sich, dass Realität und Vision weit auseinanderlagen.

Bürokratie auf dem Prüfstand

Musk, bekannt für seine unorthodoxen Führungsstile bei Tesla und SpaceX, übertrug diese Philosophie auf die öffentliche Verwaltung. Hunderte Behörden wurden evaluiert, tausende Beamtenstellen gestrichen, ganze Ressorts zusammengelegt. Symbolisch für diesen radikalen Kurs wurde ein virales Video, das Musk mit einer Motorsäge beim Zerschneiden von „Bürokratieakten“ zeigte.

Doch was in der Tech-Welt als disruptiv gefeiert wird, löste in der politischen Arena massive Widerstände aus. Besonders in demokratisch geführten Bundesstaaten wuchs die Kritik. Zahlreiche Klagen gegen die abrupten Kürzungen folgten. Auch innerhalb der republikanischen Partei regte sich Unmut – nicht zuletzt, weil die versprochenen Einsparungen von zwei Billionen Dollar weit verfehlt wurden: Experten beziffern den tatsächlichen Effekt auf etwa 175 Milliarden Dollar.

Steuerpolitik als Bruchlinie

Der endgültige Bruch zeichnete sich im Mai 2025 ab, als Trump ein umfassendes Steuer- und Ausgabenpaket ankündigte – den sogenannten „One Big Beautiful Bill Act“. Das Gesetz sieht massive Steuersenkungen für Unternehmen und Einzelpersonen vor, gleichzeitig aber auch eine Erhöhung der Infrastruktur- und Militärausgaben.



Musk kritisierte das Vorhaben scharf und sprach von einem „wirtschaftlichen Oxymoron“. Die Maßnahmen stünden im direkten Widerspruch zu den Einsparzielen seines DOGE-Programms. Besonders irritiert zeigte sich Musk über den Umstand, dass er in die Ausarbeitung des Gesetzes nicht einbezogen worden war. In internen Kreisen soll er von einer „Sabotage seiner Arbeit“ gesprochen haben.

Trump hingegen spielte die Spannungen herunter. Musk habe von Anfang an eine befristete Rolle eingenommen. In einem Interview erklärte er: „Elon ist ein Genie, aber die Regierung ist kein Unternehmen.“

Rücktritt oder Entlassung?

Am 29. Mai gab Musk offiziell seinen Rückzug bekannt. Zwar betonten beide Seiten, die Amtszeit sei ohnehin auf 130 Tage begrenzt gewesen – doch Beobachter werten die Umstände als klare Distanzierung. Die gegenseitigen Seitenhiebe, die in den Tagen zuvor über soziale Medien und Interviews ausgetauscht wurden, sprechen für sich.

Besonders brisant: Parallel zu Musks politischem Engagement verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage seiner Firmen. Die Aktienkurse von Tesla und SpaceX gerieten unter Druck, vor allem nach Berichten über mögliche Interessenskonflikte und Compliance-Verstöße. Analysten schätzen, dass die Tesla-Gewinne im ersten Quartal 2025 um bis zu 71 Prozent eingebrochen sind. Eine Rückkehr zur unternehmerischen Konzentration erscheint aus Sicht Musks strategisch geboten.

Ein Projekt ohne Zukunft?

Mit dem Rücktritt Musks steht auch die Zukunft des DOGE auf dem Spiel. Bereits jetzt kursieren Berichte, wonach das Ministerium künftig eine rein symbolische Rolle einnehmen könnte. Einige konservative Stimmen im Kongress fordern gar die vollständige Abschaffung.

Für Trump bedeutet das Scheitern der Zusammenarbeit mit Musk einen herben Rückschlag in seinem Bestreben, sich als Reformator des „tiefen Staates“ zu inszenieren. Ohne die Aura des Tech-Visionärs droht seine Modernisierungsrhetorik an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Auch im Wahlkampf für die Zwischenwahlen 2026 könnte sich das als strategisches Problem erweisen.

Für Musk wiederum könnte das politische Intermezzo zu einer lehrreichen, aber kostspieligen Episode werden. Der Versuch, seine Effizienzideale in die politische Praxis zu übertragen, scheiterte nicht nur an institutionellen Hürden, sondern auch an ideologischen Differenzen –



Macht, Milliarden und Missverständnisse – Das Ende der Zweckallianz zwischen Elon Musk und Donald Trump

insbesondere, wenn Haushaltsdisziplin und populistische Steuerpolitik kollidieren.

Die Frage, ob die Trennung endgültig ist, bleibt offen. In der Vergangenheit haben sich Musk und Trump immer wieder angenähert, getrennt und erneut zusammengefunden. Doch derzeit scheint die Zweckallianz – geboren aus gemeinsamer Interessenlage und spektakulärem Machtstreben – an ihren inneren Widersprüchen zerbrochen zu sein.

Von Andreas Brucker